

2. Neudruck

Antrag

des Abgeordneten Christoph Schulze (BVB / FREIE WÄHLER Gruppe),
der Abgeordneten Iris Schülzke (BVB / FREIE WÄHLER Gruppe) und
des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Gruppe)

Kein Freihandelsabkommen TTIP mit Investitionsschiedsverfahren (IV)

Der Landtag stellt fest:

Durch die Verankerung von Investitionsschiedsverfahren (Investor-state dispute settlement/ ISDS) im Freihandelsabkommen TTIP würde ein paralleles privates Rechtssystem geschaffen bzw. ausgeweitet, dass die Souveränität der Vertragsstaaten einschränkt, Parlamente und Regierungen bei künftigen Gesetzesinitiativen und Regulierungsplänen unter Druck setzt und inländische Investoren und Unternehmen benachteiligt. Dies stellt einen unmittelbaren Nachteil auch für das Land Brandenburg dar.

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag Brandenburg drückt seine Besorgnis aus, dass eine Etablierung von ISDS-Schiedsverfahren im Abkommen TTIP die Gestaltungsmöglichkeiten demokratischer Institutionen einschränken könnten.
2. Der Landtag Brandenburg fordert die Landesregierung auf, eine Benachteiligung brandenburgischer Unternehmen durch die Etablierung von ISDS-Schiedsverfahren zu verhindern.
3. Der Landtag Brandenburg fordert die Landesregierung auf, keinem Freihandelsabkommen zuzustimmen, das Klauseln zu Investitionsschiedsverfahren enthält.

Begründung:

In den vergangenen Jahren haben Klagen von Investoren gegen Staaten wegen deren regulatorischer Entscheidungen (Gesetzen, Verordnungen und darauf beruhenden Verwaltungsentscheidungen) stark zugenommen. Hintergrund ist die zunehmend extensive Auslegung unbestimmter Rechtsbegriffe (z. B. „investor“, „investment“, „fair and equitable treatment“) und die Etablierung eines „Klage-Business“ internationaler Wirtschaftskanzleien.

Materielle Investorenrechte und Verfahrensrechte, die über den Grundsatz der Inländergleichbehandlung hinausgehen, sind bei TTIP besonders problematisch, weil die Vertragspartner über hoch entwickelte Rechtssysteme verfügen, zu denen auch ausländische Investoren Zugang haben.

Neben der Detailkritik am Geltungsumfang des Investitionsschutzes (zu weite Begriffsdefinitionen, Beeinträchtigung staatlicher Regulierungshoheit etc.) und an den Schiedsverfahren (mangelnde Transparenz, fehlende Beteiligung Dritter, Interessenskonflikte, fehlende Berufungsmöglichkeiten etc.) stellt sich die Grundsatzfrage, ob Staaten und Unternehmen zukünftig auf eine Stufe gestellt werden sollen.

Die in entschiedenen oder anhängigen Schiedsverfahren der letzten Jahre zur Debatte stehenden Streitgegenstände und Kompensationssummen machen deutlich, dass Investor-Staat-Schiedsverfahren eine nicht zu akzeptierende Einschränkung staatlicher Handlungsmöglichkeiten und demokratischer Entscheidungsverfahren darstellen.

Iris Schülzke
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Christoph Schulze
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Péter Vida
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe